

Wladimir Bukowski - Pawel Stroilow

EUSSR

(Europäische Union Sozialistischer Sowjetrepubliken)

Die Sowjetischen Wurzeln der Europäischen Integration

Verlag C. P. Clausen

Übersetzung aus dem Englischen:
Bernd Ludolphi

1. Auflage
© Verlag Claus P. Clausen
~~Postfach 1327, D - 59523 Lippstadt~~
Alle Rechte vorbehalten

Druck: Verlag Claus P. Clausen

Einführung

Vereinigtes Europa wichtig für den Frieden, erklärt Bush. Diese Titelseitenschlagzeile der Londoner Times vom 20. Februar 2004 illustriert sehr gut, wie die Europäer den kürzlichen Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Alten Kontinent interpretiert haben. In Wirklichkeit hat Bush nichts dergleichen gesagt und sorgfältig eine Kontroverse über den gegenwärtigen Plan zur weiteren Integration Europas zu einem Bundesstaat vermieden, und in seiner Brüsseler Rede nicht einmal die Worte Vereintes Europa benutzt, sondern absichtlich den Begriff Staaten von Europa verwendet. Aber die Schlagzeile bringt dennoch die Bedeutung seines Besuches sehr klar zum Ausdruck. Denn er war der erste US-Präsident, der jemals das Hauptquartier der Europäischen Kommission besuchte, und er tat dies ausdrücklich, um die transatlantischen Brücken nach einer schweren Kontroverse mit den alten Verbündeten in der Irak-Frage zu reparieren. Diese Kontroverse mit allen Folgen muß die Amerikaner wie ein schwerer Schock getroffen haben, die sich bis dahin gegenüber den Plänen für die europäische Integration stets indifferent verhalten hatten. Die Entwicklung eines starken Europas liegt in der Tat im Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika, und wenn die Europäer glauben, diese Union mache sie stärker, desto besser. Solange wir noch Partner sind.

Folglich war es für den amerikanischen Präsidenten eine vernünftige Entscheidung: Dem rebellischen Europa die Hand zu reichen und festzustellen [wie es The Times tat], daß die kürzliche Kontroverse lediglich ein Tropfen im Ozean des erweiterten Kontextes der transatlantischen Bindungen sei. Die Europäer empfanden diese Geste jedoch als präsidentialen Segen für das europäische Projekt. Eine Auffassung, die Euroskeptiker alarmierte und Europhile erfreute. Was für die Amerikaner gutes staatsmännisches Verhalten war, war für die Europäer ein Gang nach Canossa, wodurch uns wieder einmal die völlig andere politische Denkweise auf beiden Seiten des Atlantik deutlich vor Augen geführt wird.

Es wurde fast zu einer Platitüde zu behaupten, Europa sei fortschrittlich und ideologisch, während Amerika simplizistisch und pragmatisch sei. Aber selbst in einem so überholten Klischee steckt ein Körnchen Wahrheit. Über mehr als ein halbes Jahrhundert haben wir die verzweifelten Versuche der Amerikaner beobachtet, für die Ost-West-Konfrontation eine Verhandlungslösung zu finden, ohne den Kern und das Wesen dieses Konflikts überhaupt verstanden zu haben. Zeitweilig war es einfach zu peinlich zuzusehen, und in der Essenz waren alle derartigen Bemühungen gefährlicher als sinnlos, denn der Prozeß setzte voraus, daß ideologische Differenzen zwischen Kommunismus und liberaler Demokratie durch Verhandlungen überwunden werden können. Man denke nur an alle diese Gipfeltreffen und die öffentliche Agitation, die durch sie hervorgerufen wurde. Man denke an alle diese bedeutungslosen Abkommen und Verträge, wie SALT, START, ABM usw., damals als große Errungenschaft für die Menschheit bejubelt, während sie in Wirklichkeit völlig irrelevant gewesen sind. Dann hat schließlich ein amerikanischer Präsident die richtige Diagnose für diese Seuche gestellt und eine wirksame Behandlung eingeleitet. Und siehe da, der Jahrhundertfeind lag am Boden, und der Ost-West-Konflikt endete am selben Tag.

Laufen wir Gefahr, denselben Fehler im Umgang mit der Europäischen Union zu wiederholen? Wir sind davon fest überzeugt. Für jeden, der auch nur entfernt mit dem Sowjetsystem vertraut ist, sind die Übereinstimmungen bei der Entwicklung der Strukturen der Europäischen Union [EU] mit ihrer vorherrschenden, durch ein demokratisches Defizit geprägten Philosophie, ihrer endemischen Korruption und bürokratischen Unfähigkeit verblüffend. Für jeden, der unter der sowjetischen Tyrannei oder ihren Äquivalenten überall auf der Welt gelebt hat, ist die Entwicklung furchterregend. Erneut beobachten wir mit wachsendem Grauen das Auftauchen eines Leviathan, von dem wir gehofft hatten, er sei tot und begraben. Ein Monster, das Nationen zerstört, Millionen verarmt und mehrere Generationen vernichtet hat, bevor es schließlich zusammenbrach. Ist es unvermeidlich? Ist die menschliche Rasse darauf aus, sich selbst zu vernichten und dazu verurteilt, dieselben Fehler

solange zu wiederholen, bis sie durch Verelendung ausstirbt? Oder handelt es sich bei der EU in der Tat um eine Doublette der Sowjetunion, die den zögerlichen europäischen Nationen durch dieselben politischen Kräfte aufgezwungen wird, von denen der Urtyp geschaffen wurde?

Die Antwort auf diese Fragen findet sich in den Geheimarchiven des Moskauer Politbüros, zu denen der Autor glücklicherweise Zugang hatte.

Anhang II

Zu seinem Buch „Abrechnung mit Moskau - Das sowjetische Unrechtsregime und die Schuld des Westens“ (Gustav Lübbe Verlag, 1996) schrieb Bukowski ein Vorwort, aus dem wir die nachfolgenden Passagen zitieren. Am Desinteresse der Medien und Politiker hat sich bis heute nichts geändert. Das hier vorgelegte Material wurde u.a. folgenden Politikern, Parteien und Medien angeboten: Markus Söder, Generalsekretär der CSU München, Norbert Lammert, Mitglied des Kompetenzteams der CDU/CSU, Berlin, Frankfurter Allgemeine Zeitung und Focus. CSU, FAZ und Focus haben überhaupt nicht reagiert. Norbert Lammert ließ sich vom Verleger die Dokumente über Lafontaine und Gysi persönlich erläutern und meinte dann, man sollte solches Material über „Mitbewerber“ bei einer Wahl nicht veröffentlichen. Im übrigen sollte man nicht vergessen, wie populär Gorbatschow doch sei ...

Wen interessiert das schon?

Auf meinem Tisch liegt ein Stoß Papiere, etwa dreitausend Seiten mit Vermerken wie „streng geheim“, „Sonderakte“, „besonders wichtig“, „persönlich“. Äußerlich sind sie alle gleich - oben rechts steht wie zum Hohn die Parole „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, links die strenge Mahnung: „Innerhalb von 24 Stunden an das ZK der KPdSU (Allgemeine Abteilung, 1. Sektor) zurückzugeben.“ Mitunter ist die Formulierung weniger streng - die Rückgabe kann innerhalb von drei oder sieben Tagen, seltener innerhalb von zwei Monaten erfolgen. Unten steht mit großen Buchstaben über die ganze Breite der Seite: Kommunistische Partei der Sowjetunion. Zentralkomitee. Es folgen Chiffren, Codes, Zahlen, eine Auflistung der Personen, die den Beschluß gefaßt und durch ihre Unterschrift die Verantwortung für die gemeinsam gefällte Entscheidung übernommen haben sowie jener, die den Beschluß ausführen sollten. Aber selbst die Vollstrecker bekamen nur einen Auszug aus dem Protokoll, da man sie nicht für würdig erachtete, sich mit dem jeweiligen Dokument vollständig vertraut zu machen. Über den Inhalt dieses Auszugs durften sie der Öffentlichkeit weder mündlich noch schriftlich etwas mitteilen.

Die hier vorgestellten Dokumente wurden mir nicht von Amts wegen zugesandt, ich habe - zumindest unmittelbar - nichts mit ihrer Durchführung zu tun und habe auch nicht vor, sie an die Allgemeine Abteilung, 1. Sektor, zurückzusenden. Ohne mich zu genieren, bediene ich mich fremder Privilegien, schaue mir die Unterschriften Breschnews, Tschernenkos, Andropows, Gorbatschows, Ustinows, Gromykos und Ponomarjows an, lese ihre handschriftlichen Randbemerkungen, ihre weisen Beschlüsse, die sich mit nahezu allem auf der Welt befaßten - von der Verhaftung Unbotmäßiger bis zur Finanzierung des internationalen Terrorismus, von Desinformationskampagnen bis zur Vorbereitung von Aggressionen gegen Nachbarländer.

Hier in diesen Papieren sind die Ursprünge und die Ergebnisse der Tragödien unseres blutigen Jahrhunderts - genauer der letzten dreißig Jahre - zu finden. Es war sehr schwierig für mich, sie in die Hände zu bekommen. Über ein Jahr habe ich dafür aufgewandt. Vielleicht würde sie niemand in absehbarer Zeit oder überhaupt je zu Gesicht bekommen, hätte ich nicht diese Mühe auf mich genommen. Jedoch der Fluch, der auf diesen Papieren lastet, wirkt auf mystische Weise weiter, denn niemand ist bereit, diese Geheimnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Vor drei bis vier Jahren wären für jedes dieser Papiere Hunderttausende von Dollars gezahlt worden. Heute biete ich sie kostenlos den einflußreichsten Zeitungen und Zeitschriften der Welt an, aber keiner will sie veröffentlichen. Die Redakteure zucken gelangweilt mit den Schultern: Na und? Wen interessiert das schon? Das erinnert an den alten Witz von jenem unglücklichen Sowjetmenschen, der nacheinander einen Augen- und einen Ohrenarzt aufsuchte, weil das, was er hörte, nie mit dem übereinstimmte, was er sah, und er seinen Augen, seine Ohren und seinem Gedächtnis mißtraute.

Des Nachts verfolgt mich ein Alptraum: Entschlossene junge Männer mit gleichmäßigen Gesichtszügen verfolgen mich über den ganzen Erdball und fordern, daß ich die Dokumente unverzüglich an die Allgemeine Abteilung, 1. Sektor, zurückgebe. Es sind tatsächlich schon mehr als drei Tage, sogar mehr als zwei Monate vergangen, seit ich die Papiere in die Hände bekam, und ich weiß noch immer nicht, was ich mit ihnen anfangen soll. Wie soll man hier den Alptraum von der Realität unterscheiden? Denn vor nur drei bis vier Jahren wurde alles, was in diesen Papieren steht, voller Entrüstung geleugnet. Bestenfalls nannte man es antikommunistische Wahnvorstellungen und schlimmstenfalls Verleumdung. Jeder, der vor nicht allzu langer Zeit davon sprach, daß Moskau irgendwo seine Hand im Spiel hatte, wurde sofort in der Presse angegriffen und des McCarthyismus beschuldigt. Selbst die den Dissidenten Wohlgesonnenen zuckten mit den Schultern und meinten, das seien nur Vermutungen und Verdächtigungen, Beweise gebe es nicht.

Doch hier sind sie nun, die Beweise - mit allen Unterschriften und Nummern versehen, verfügbar zur Auswertung, Begutachtung und Erörterung. Nun also, lest sie, prüft sie, druckt sie! Und ich bekomme zur Antwort: Na und? Wen interessiert das heute noch?

Es sind schon ganze Theorien zur Erklärung, warum das heute keinen mehr interessiert, erdacht worden. Die Spannungen des Kalten Krieges haben die Menschen müde gemacht, wird mir gesagt. Sie wollen nichts mehr davon hören. Sie wollen einfach nur leben, arbeiten, sich zerstreuen und diesen

ganzen Alptraum vergessen. Zu viele kommunistische Geheimnisse sind gleichzeitig auf den Markt gekommen, sagen andere. Man muß abwarten, bis das alles Geschichte geworden ist. Mich überzeugen diese Theorien nicht so recht. Es ist anzunehmen, daß die Menschen 1945 nicht weniger müde waren vom Zweiten Weltkrieg und vom Nationalsozialismus, aber trotzdem gibt es bis heute einen Strom von Büchern, Aufsätzen und Filmen darüber. Antifaschistische Werke entstanden besonders seit den sechziger Jahren massenweise. Das Bedürfnis, sich mit einem gerade vergangenen Zeitabschnitt zu beschäftigen, ist stärker als das Interesse für die weiter zurückliegende Geschichte. Die Menschen wollen den Sinn der Geschehnisse, deren Teilnehmer sie und ihre Eltern waren, begreifen, sich ein Urteil darüber bilden, ob ihre Opfer und Anstrengungen sinnvoll waren und Schlußfolgerungen zum Nutzen ihrer Nachkommen ziehen. Einmal, um Vorsorge zu treffen, daß die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, und zum anderen als eine Art Gruppentherapie, durch die erlittene seelische Wunden geheilt werden.

Die Aufdeckung der Wahrheit über geschichtliche Ereignisse, die sich erst vor kurzem abgespielt haben, ist stets ein schmerzlicher und skandalträchtiger Vorgang, weil die Personen des Dramas von gestern meist noch am Leben sind und mitunter auch heute noch eine gewichtige Rolle im Leben ihres Landes spielen. Aber hat eine solche Erwägung jemals die Presse gebremst? Ganz im Gegenteil, der politische Skandal, der für den einen oder anderen schlimme Folgen hat, ist für die Presse lediglich Futter wie die Schlange für den Mungo.

Auch Deutschland konnte sich bei all seiner Bereitschaft, die Stasi-Archive zu öffnen, nicht entschließen, Erich Honecker abzuurteilen, da anscheinend befürchtet wurde, daß er seine Drohung wahr machen würde, die eine oder andere pikante Geschichte zu erzählen. Niemand ist besonders erpicht darauf, die Quellen der Ostpolitik genauer zu untersuchen, sie zu überdenken oder Politiker, wie Willy Brandt oder Egon Bahr, mit neuen Augen zu sehen. Es gäbe da allerhand zu entdecken. Auf meinem Tisch liegt zum Beispiel folgendes Dokument:

UdSSR
Komitee für Staatssicherheit
beim Ministerrat der UdSSR
9. September 1969
Nummer 2273-A
Moskau

Streng geheim
Sonderakte

Zentralkomitee der KPdSU

Das Komitee für Staatssicherheit erstattet Bericht über die Begegnung eines Verbindungsmannes des KGB mit dem Direktor des Krupp-Konzerns Zedtwitz von Arnim, die auf Wunsch des letzteren im Mai dieses Jahres in den Niederlanden stattfand.

Zedtwitz ist Vertrauter des bekannten SPD-Politikers Bahr, der sich mit der Planung, Koordinierung und Ausarbeitung der Grundlinien der Außenpolitik der BRD befaßt. Zedtwitz erklärte, daß er sich auf Grund einer Bitte Bahrs an den Verbindungsmann gewandt habe und damit rechne, daß die sowjetische Führung vom Inhalt des Gespräches Kenntnis erhalte. Im weiteren sagte Zedtwitz, indem er sich auf Bahr berief, folgendes.

Die „vernünftigen“ SPD-Politiker seien zu der Erkenntnis gekommen, daß andere Wege der „Ostpolitik“ gesucht werden sollten, und möchten direkte und zuverlässige Verbindungskanäle nach Moskau herstellen.

Nach der Meinung der Bundesrepublik seien die offiziellen Kontakte der letzten Zeit wenig effektiv gewesen, weil sich jede Seite im Hinblick auf ihre offizielle Position auf „rein propagandistischer

Erklärungen“ beschränkt. Kontakte mit Vertretern der sowjetischen Botschaft in Bonn seien ebenfalls nicht wünschenswert. Sie seien schwer auf inoffizielle Weise durchzuführen, und die politischen Gegner würden, sobald sie Kenntnis von diesen Begegnungen erhielten, unverzüglich davon Gebrauch machen.

In diesem Zusammenhang halte es Bahr für wünschenswert, eine Reihe inoffizieller Gespräche mit Vertretern der UdSSR zu führen, die keine der beiden Seiten zu irgend etwas verpflichten würden, sollte kein positives Resultat erzielt werden.

Nach Zedtwitz` Worten gebe es in der bundesdeutschen Industrie Kräfte, die bereit seien, die Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR zu unterstützen, jedoch seien ihre Möglichkeiten begrenzt, weil die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR „in den Kinderschuhen stecken“.

Nach Zedtwitz` Meinung benutze die Sowjetunion nur in unzureichendem Maße den Außenhandel als Druckmittel zur Erreichung politischer Ziele, obwohl man schon jetzt mit Erfolg die Beteiligung deutscher Fachleute an den chinesischen Raketen- und Atomkraftprogrammen verhindern und auch dem Kokettieren westdeutscher Politiker mit Mao entgegenwirken könne.

Nach vorliegenden Informationen versucht auch die Führung der anderen regierenden Partei Westdeutschlands - der CDU -, inoffizielle Kontakte mit einem Vertreter der sowjetischen Seite herzustellen, und hat ihre Bereitschaft erklärt, „ein ausführliches und für beide Seiten in vieler Beziehung aufschlußreiches Gespräch“ zu führen.

Die Analyse des eingegangenen Materials zeigt, daß die beiden führenden, miteinander konkurrierenden Parteien der Bundesrepublik Deutschland befürchten, daß ihr jeweiliger politischer Gegner die Initiative bei der Regelung der Beziehungen mit der Sowjetunion ergreift, und sie sind daher beide bereit, inoffizielle Gespräche zu führen, von denen in der Presse nicht berichtet werden soll und die später der Stellung und dem Prestige der Partei förderlich sein könnten.

In dieser Situation hält es das Komitee für Staatssicherheit für möglich, die inoffiziellen Kontakte zu den Führern der beiden Parteien fortzusetzen. Bei diesen Kontakten wäre es angebracht, unter Ausnutzung der Möglichkeiten unseres Außenhandels den Versuch zu unternehmen, einen günstigen Einfluß auf die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland auszuüben sowie Anstalten zu treffen, um Informationen über die Standpunkte und Pläne der führenden Bonner Politiker zu erhalten.

Wie bitten um Zustimmung.

Der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit

Andropow

+++

Das ist, wie man sieht, nicht nur ein interessantes, sondern auch ein historisches Dokument. So begann die berühmte „Ostpolitik“, die dann eine Entspannungspolitik wurde - zweifellos das schmachlichste Kapitel in der Geschichte des Kalten Krieges. Deutschland war zu jener Zeit keinerlei Bedrohung ausgesetzt. Es hatte durch diese Politik nichts Entscheidendes gewonnen, aber die Beziehungen zwischen Ost und West waren für lange Zeit vom Virus des Kapitulantentums angegriffen. Die gesamte Weltpolitik der letzten 24 Jahre wurde im wesentlichen von diesem Dokument bestimmt, doch keine große deutsche Zeitung wollte es drucken.

Interessiert das wirklich niemanden? Spüren wir jetzt, da der Kommunismus zusammengebrochen ist, nicht den Wunsch, ja sind wir nicht verpflichtet, uns mit den Umständen zu befassen, unter denen diese Politik der Welt aufgezwungen wurde, und mit den Motiven ihrer Urheber, den deutschen Sozialdemokraten, und dem Schaden, den sie dem kollektiven Verteidigungssystem der NATO zugefügt haben, schließlich auch den Schaden, der den Völkern Osteuropas und der UdSSR durch diese Politik entstand, die das Leben des Kommunismus um mindestens zehn Jahr verlängerte, einzuschätzen? Ja, und haben die Sozialdemokraten nicht selbst das Bedürfnis, eine ehrliche Bilanz ihrer Ostpolitik zu ziehen?

Im Gegenteil, die Architekten der „Ostpolitik“ fühlen sich jetzt aus irgendeinem Grunde als Helden und

behaupten, daß der Bankrott des Kommunismus im Osten dank ihres gekonnten Spiels mit Moskau herbeigeführt wurde. Ist das nicht eine Schamlosigkeit?

So geht es weiter von Land zu Land, von Dokument zu Dokument. Die einen wollen nichts davon wissen, weil es schon Vergangenheit ist, die anderen, weil es noch nicht Vergangenheit ist. Früher fürchtete man sich, Bescheid zu wissen, weil der Kommunismus zu stark war, jetzt braucht man nicht mehr Bescheid zu wissen, weil er zu schwach ist. Für die einen ist es zuviel an Informationen, für die anderen zuwenig. Tausendundein Grund, einer absurder als der andere, doch das Resultat ist stets das gleiche. Scheinbar ernsthafte und ehrliche Leute sagen mir: „Das ist leider etwas wenig. Wenn Sie noch das eine oder andere Papier fänden ...“ Als ob ich aus unerfindlichen Gründen der einzige Mensch auf der Welt wäre, der großes Interesse an der Sache hätte und deshalb verpflichtet wäre, zu recherchieren und zu beweisen. Als ob ich sie dazu bringen wollte, etwas Unehrenhaftes, etwas nicht ganz Anständiges zu tun. Und sie sind froh, einen passenden Vorwand zu finden, um mir eine Absage zu erteilen.

Würde es sich um die schon fünfzig Jahre zurückliegende Vergangenheit handeln, müßte ich vermutlich niemanden überreden und nichts beweisen. Die Helfershelfer der Naziverbrechen aufzuspüren, ist natürlich eine Gewissenspflicht für jeden! Aber wenn heute einer auf die Kommunisten zeigt (oder auf ihre Sympathisanten), das gilt als unanständig und als „Hexenjagd“. Welch eklatante Heuchelei! Wie und wann haben wir uns zweierlei Moral zugelegt? Wie brachte es die Menschheit fertig, lange Jahrzehnte mit einem gespaltenen Gewissen zu leben? Denn wir jagen weiterhin im Urwald Lateinamerikas nach achtzigjährigen klapprigen Greisen, die vor fünfzig Jahren ihre Untaten begingen, ohne daß wir unser Gewissen dabei mit humanitären Erwägungen belasten. Sie sind Mörder, ihnen geben wir kein Pardon. Wir versichern uns gegenseitig: Das darf sich nicht wiederholen! Never again! Aber Honecker vor Gericht zu stellen, auf dessen Anweisung noch vor drei Jahren Menschen umgebracht wurden - wie könnten wir so etwas tun. Das wäre doch inhuman - ein alter, kranker Mann ... Und wir entlassen ihn in den Urwald Lateinamerikas. Auf diese Weise wird die ganze Welt „finlandisiert“.

+++